

Die kapitalistische Revolution des zwanzigsten Jahrhunderts

Autor(en): **Mussard, Jean**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **34 (1955)**

Heft 11

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-347024>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Wahlkampf gegen die bürgerlichen Parteien für eine stärkere Vertretung der Sozialdemokratie degenerierte in einen Sesselkampf der einzelnen Kandidaten unter- und gegeneinander. Im Kanton Zürich haben sich nicht weniger als sechs der zehn Gewählten durch Sonderempfehlungen oder direkte Aufforderungen zur Kumulation ihren Sitz gesichert.

Diese Methoden waren bis jetzt das Monopol der bürgerlichen Parteien. Der Kandidat, der über einen Verband oder eine Verbandskasse verfügen kann, konnte auch seine Wahl sichern. Solche bürgerlichen Methoden haben in unserer Partei andere Folgen als in den bürgerlichen Parteien. Es ist bedauerlich, daß sie in einem solchen Ausmaß in unsere Reihen eindringen konnten. Sie führen zur Demoralisierung und letzten Endes zur Passivität unserer besten Vertrauensleute. Die Partei muß auf diesem Gebiet Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, daß die Disziplin, Sauberkeit und Ehrlichkeit innerhalb der Partei, auf die wir mit Recht stolz sind, durch solche Methoden untergraben werden.

Diese Schattenseiten unseres Erfolges dürfen nicht unterschätzt werden. Mit der Gewinnung von mehr als 13 000 neuen Wählern stellt sich der Partei die Aufgabe, ihre Reihen durch Werbung und Schulung zu stärken; unseren Vertrauensleuten erwachsen aus diesem Erfolg neue und größere Aufgaben. Sie, unsere Vertrauensleute, sind das Kostbarste, was die Arbeiterbewegung unseres Landes besitzt. Von ihrer Tätigkeit, ihrem Vertrauen und ihrer Hingabe hängen die Erfolge der Zukunft ab. Darum muß die Partei auch die inneren Konsequenzen aus diesem Wahlkampf ziehen; dann wird die Sozialdemokratie in Zukunft durch das verdiente Vertrauen des Volkes ihren Vormarsch beschleunigen können.

JEAN MUSSARD

Die kapitalistische Revolution des zwanzigsten Jahrhunderts

Red. Wir geben dem Artikel von Jean Mussard gerne Raum als einem Beitrag zur Diskussion über die Revision des Parteiprogramms. Im Laufe der letzten fünfzig Jahre ist der Kapitalismus durch zwei Weltkriege und eine schwere Wirtschaftskrise hindurchgegangen, und er hat, so wie die Arbeiterbewegung, tiefe Strukturänderungen erfahren.

Die Untersuchung der neuen Tendenzen der kapitalistischen Gesellschaft gehört zu den Vorbereitungsarbeiten für eine Revision des Parteiprogramms. Als Kenner des amerikanischen Kapitalismus gibt uns Jean Mussard eine interessante Schilderung von wichtigen Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaft in den Vereinigten Staaten. Seine Untersuchung basiert jedoch auf seinen persönlichen Anschauungen und muß daher als Diskussionsbeitrag kritisch gewertet werden.

Die kommunistische Umwälzung in Osteuropa und Asien hat seit etwa vierzig Jahren die Aufmerksamkeit der Welt so auf sich gezogen, daß eine andere Revolution, die kapitalistische, sich inzwischen in aller Stille und fast unbemerkt vollziehen konnte.

Darf man von einer kapitalistischen Revolution im zwanzigsten Jahrhundert sprechen? Nein, wenn man unter Revolution eine soziale Umwälzung versteht, die blutig verläuft und unter Anwendung von Waffengewalt durchgeführt wird. Ja, wenn man an eine soziale Neuordnung bei gleichzeitiger Veränderung der Macht-, Besitz- und Einkommensverhältnisse denkt.

Was ist in diesen vierzig Jahren geschehen? Der technische Fortschritt hat die Ansprüche der Völker auf einen immer höheren Lebensstandard gezüchtet. Die Massen haben ihre Forderungen nach besserer Ernährung, mehr Komfort, Sauberkeit, Gesundheit, Vergnügen und sogar nach kulturellem Genuß so kategorisch angemeldet, daß ihnen wenigstens teilweise entsprochen werden mußte. Dabei ist die Bevölkerung der Erde trotz zwei Weltkriegen und mehreren Bürgerkriegen rasch angewachsen. Ermöglicht wurde die Erfüllung von Massenansprüchen durch Massenherstellung der gewünschten Güter. Wer sonntags den Andrang der Autos in den Alpenstraßen, oder während der Ferien die Menschenmenge in den einst vornehmen Seebädern sieht, der hat vor Augen, was geschehen ist.

Ortega Y. Gasset stellte die paradoxe Tatsache fest, daß für den modernen Menschen der Überfluß das Unentbehrlichste ist, denn offenbar will niemand mehr am Rande des physiologischen Existenzminimums leben, und jeder scheint lieber auf das Dasein verzichten zu wollen als auf den Luxus, den er für notwendig hält. Diese etwas überspitzte Formulierung enthält einen Kern von Wahrheit. Alle Staatsmänner versprechen ihren Völkern mehr Wohlstand und rufen zugleich nach erhöhter Produktivität.

Die Massenproduktion mußte organisiert werden. Sie erforderte immer größere Fabriken, kostspielige Maschinen, neue Fabrikationsmethoden am laufenden Band, Massentransporte von Material, festen und flüssigen Brennstoffen, Flotten von Tankern und andern Schiffen, gewaltige Forschungsausgaben und immer steigende Kapitalinvestitionen.

Der kleine Unternehmer aus der Frühzeit des Kapitalismus war diesen Anforderungen nicht gewachsen. Auch die Industriemagnaten des Hochkapitalismus konnten nicht mehr nachkommen. Viele hatten sich verwerflicher, manchmal verbrecherischer Methoden bedient, um sich zu bereichern. Der Staat mußte ihnen durch eine komplizierte Gesetzgebung das Handwerk legen. Kriege und Abwertungen zehrten am Kapital, drückende Steuern an den Einkommen. Der Wechsel von Konjunkturaufstieg und Krise ließ die Vermögen schmelzen und zerstörte unzählige Unternehmen. In den letzten fünfzig Jahren wurden in den Vereinigten Staaten von Amerika über 1800 Automobilfabriken gegründet, wovon heute noch etwa 25 in Betrieb stehen. Das Geschäftsrisiko wurde für den einzelnen untragbar, die sich türmenden Schwierigkeiten konnte er nicht meistern.

Die moderne Massenfabrikation wurde in der Tat nicht von einer großen Zahl vereinzelter Unternehmer organisiert, sondern von einer bemerkenswert kleinen Anzahl von Großkonzernen. Es kamen dafür grundsätzlich zwei Methoden in Betracht. Die eine besteht in der Errichtung von Staatsbetrieben und Konfiskation bestehender Privatunternehmen, also Konzentration der Produktionsmittel in der öffentlichen Hand, Planung von Konsum und Produktion durch zentrale Planbüros. Denn letzten Endes müssen Verbrauch und Herstellung von Gütern in Einklang gebracht werden. Diese Methode ist die sogenannte sozialistische Lösung, die jedoch oftmals von den Sozialisten, wo sie zur Macht kamen, gar nicht oder so zaudernd durchgeführt wurde, daß sich Gegenkräfte sammeln konnten und die Privatwirtschaft bestehen blieb. Der westeuropäischen Arbeiterschaft fehlte es an Führern mit technischer und praktischer Erfahrung, und wo es solche gab, schrakten sie zurück von den Mißerfolgen, welche im Gefolge einer plötzlichen, radikalen Änderung der bestehenden Hierarchien und der gewohnten Lebens- und Arbeitsweisen zu kommen pflegen. Nur in Rußland und China, sowie in den an sie grenzenden Satellitenstaaten wurde das Experiment der Massenindustrialisierung ohne Rücksicht auf die zu erwartenden Fehlschläge mit größter Härte und gleichzeitiger Ausrottung der renitenten, alten Führerschicht konsequent durchgeführt. Die kommunistische Revolution hat dabei spektakuläre Fehler begangen, aber auch Erstaunliches geleistet. Sie hat zu ihrer Rechtfertigung eine Doktrin entwickelt, welche durch die Tatsachen weitgehend widerlegt wurde und größtenteils toter Buchstabe blieb, jedoch offenbar auf die Massen eine große Zugkraft ausübte und noch ausübt. Sie proklamiert die Befreiung der Menschen von Ausbeutung durch andere Menschen, die Abschaffung der Profitwirtschaft, Überführung der Produktionsmittel in Volksbesitz, eine richtig geplante Organisation der Produktion, das Recht auf Arbeit, eine krisenfeste Wirtschaft und Hebung des Wohlstandes aller Völker. Da die frühere, besitzende Klasse sich mit allen Mitteln gegen den Umsturz wehrt, wobei sie sich auf bestehende Gesetze, Gerichte, Polizei und Militär stützt, müsse ihre Enteignung mit Gewalt durchgeführt werden. Ob diese Methode auf lange Sicht erfolgreich sein wird und ob die mit ihr begangenen Übeltaten überhaupt entschuldbar sind, darüber gehen die Meinungen auseinander.

Der Kapitalismus hat eine ähnliche Revolution auf viel humanere Weise in Nordamerika mit großem Erfolg vollzogen und ist daran, sie auch in Westeuropa durchzuführen. In der Tat, die notwendige Konzentration der Produktionsmittel zwecks Organisierung der Massenproduktion erfolgte hier nicht durch Enteignung, sondern durch Bildung moderner Großbetriebe durch Beteiligung der Massen als Aktionäre. Nach Professor M. A. Adelman (Massachusetts Institute of Technology) besaßen um die Mitte des zwan-

zigsten Jahrhunderts 135 Großfirmen 45 Prozent der industriellen Produktionsmittel der USA, oder nahezu 25 Prozent des Industriepotentials der Welt. Rund 70 Prozent aller nordamerikanischer Industriezweige bilden ein System, unter dem in jedem Sektor zwei, drei oder höchstens fünf Riesenkonzerne den Markt beherrschen und die Existenzbedingungen kleinerer Firmen zu diktieren, diese eventuell auszumerzen in der Lage sind. Trotz Antitrustgesetz haben die amerikanische öffentliche Meinung und mit ihr die Gerichte dieses System im großen und ganzen geschützt, wenn nicht gefördert. Die Ansicht ist verbreitet, das allmähliche Verschwinden von vielen tausend Kleinexistenzen, wenngleich im Einzelfall schmerzlich sei, sei für die Gemeinschaft weniger katastrophal als es der Zusammenbruch einiger weniger Großkonzerne wäre.

Zudem wird die Leistung dieser Großunternehmen allgemein lobend anerkannt. In bezug auf Qualität der Produkte, Auswahl, Preise prompte Bedienung und Kundendienst haben sie sich vorzüglich bewährt. Die amerikanische Nation schaut mit Stolz auf ihre riesigen Fabriken.

Die Konzentration der Produktionsmittel erfolgte also in Amerika auf andern Wegen, ist aber wahrscheinlich ungefähr so weit gediehen, wie in der Sowjetunion. Man darf zudem nicht übersehen, daß die Machtfülle der Konzerne sich weit über die eigenen Betriebe hinaus erstreckt. Zahllose Lieferanten, Vertretungen, Reparaturwerkstätten, Reklamegeschäfte existieren daneben nominell als unabhängige Firmen, doch werden ihre Geschäftsmethoden vorgeschrieben und ihre Existenzgrundlagen im Hauptquartier des großen Hauses bestimmt.

Es wurde daher oft und mit scheinbarem Recht gesagt, wir seien in das von Karl Marx vorausgesagte Zeitalter des Monopolkapitalismus eingetreten. Der Ausdruck «Monopolkapitalismus», dem ein abschätziger Sinn anhaftet, ist jedoch irreführend. Exklusive Monopole wurden in der Tat im großen und ganzen vermieden. Hartnäckige Preiskämpfe zwischen Riesen desselben Wirtschaftszweiges bestehen fort. Die Stahlwerke müssen die Konkurrenz der Aluminiumproduzenten berücksichtigen, diese stehen im Wettbewerb mit den Fabrikanten anderer Leichtmetalle. Einige Beispiele mögen den Sachverhalt erläutern:

Die General Motors Corporation, das bedeutendste «Konzentrat» der Automobilindustrie, hatte um die Mitte des Jahrhunderts mehr als 500 000 Arbeiter und rund ebenso viele Aktionäre. Auf jeden Beschäftigten entfällt also ungefähr ein Aktienbesitzer. Wenn man die Arbeiter der General Motors Monopolkapitalisten schimpfte, so wären sie nicht wenig erstaunt. Die Aktien der Firma gelten als praktisch mündelsichere Papiere, welche dem kleinen Mann als Anlagewert für bescheidenste Ersparnisse dienen. Fast jeder

amerikanische Arbeiter ist ein kleiner Kapitalist. Der Fall der General Motors ist charakteristisch für amerikanische Industriefirmen.

Es besteht also eine Parallele der Entwicklungen in der Sowjetunion und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. In beiden Ländern sind die Produktionsmittel weitgehend in Volksbesitz übergegangen. Während der Sowjetarbeiter durch die Enteignung der frühern besitzenden Schicht zum kleinen Miteigentümer des gesamten nationalen Industriekapitals geworden ist, besitzt der Amerikaner in der Form von «shares» einen kleinen, aber jederzeit realisierbaren Anteil am Kapital einer von ihm frei gewählten Firma. Der Sowjetbürger kann sein Besitztum an Produktionsmitteln niemals veräußern. Der amerikanische Staatsbürger kann seine «shares» jederzeit in klingende Dollars umwandeln.

Eine klare Doktrin hat die kapitalistische Revolution des zwanzigsten Jahrhunderts bisher nicht zu formulieren vermocht. Das ist im geistigen Ringkampf mit der Sowjetunion ein Nachteil. Der Amerikaner hat eine starke Abneigung gegen alles Doktrinäre. Er glaubt, er komme ohne Philosophie aus, hat aber doch eine ihm unbewußte, praktische Lebensphilosophie. Im allgemeinen beruft er sich auf die Grundsätze des Frühkapitalismus, nämlich auf die Prinzipien der Unternehmerfreiheit und des freien Wettbewerbs. Diese waren sinnvoll und besonders gut geeignet für das einstmalige Amerika, dessen schier unbegrenztes, schwach besiedeltes Land noch weithin unerforscht und un bebaut war. Daß im Namen dieser Freiheit die Indianer von ihrem Boden vertrieben und fast ganz ausgerottet wurden, plagt kein Gewissen mehr.

Die Unternehmerfreiheit ist seither nicht nur durch die Gesetzgebung eingeengt, aber auch durch die Macht der Großkonzerne stark abgebaut worden. Wer kann es heute noch wagen, auf eigene Faust eine Automobilfabrik, ein Stahlwerk, ein Benzin-Produktionsunternehmen zu gründen? Fast in allen Zweigen der Industrie sind dem Anfänger die Wege von übermächtigen, an Kapital und Erfahrung reichen, auf dem Markte fest verwurzelten Konkurrenten versperrt. Er fährt besser als Angestellter einer bestehenden soliden Firma. Wohl verdanken wir es dem erfinderischen Geist, daß sich immer wieder neue Felder menschlicher Tätigkeit öffnen, so daß sich dem kleinen Mann noch Möglichkeiten bieten, ein eigenes Geschäft zu gründen. Doch stirbt das Handwerk aus. Die Aussichten sind begrenzt und erstrecken sich in der Hauptsache auf den Kleinhandel und solche Fächer, die mit relativ wenig Kapital und nicht viel Bildung zu meistern sind.

Der freie Wettbewerb zwischen vielen tausend kleinen Unternehmen, wie er einst bestanden hat, ist etwas ganz anderes als der Konkurrenzkampf zwischen zwei oder drei Großfirmen. Der frühere kapitalistische Unternehmer, auf den die Doktrin der Freiheit zugeschnitten war, setzte sein

Kapital und seine Arbeitskraft in eigenen Geschäfte ein. Im Idealfall war er zugleich Leiter und Inhaber des Hauses. Alles beruhte auf seiner Initiative. Heute investiert er das Kapital in Aktien oder Obligationen (shares und bonds), eventuell in Liegenschaften, und arbeitet als Angestellter in einer Firma, die nicht sein Eigentum ist. Geht alles gut, so steigt er auf der Leiter der Hierarchie empor und wird Manager, vielleicht Präsident. Die Verantwortung für die Führung wird einem Verwaltungsrat und Direktoren übertragen. So wird in der General Motors Corporation die Geschäftsleitung von einer Minderheit von Aktionären bestellt, die kaum 18 Prozent des Firmenkapitals besitzt.

Die American Telephone & Telegraph Company hat rund 1 100 000 Aktionäre. Theoretisch verfügen sie über alle Machtbefugnis. Es ist aber nicht möglich, sie zu einer Generalversammlung zusammenzubringen. Es ist auch nicht wahrscheinlich, daß 1 100 000 Personen, wenn sie sich je einfänden, dem Unternehmen irgendeinen vernünftigen Impuls zu verleihen vermöchten. Der einstmalige Kleinunternehmer mußte Sachkenntnis haben, dem modernen Aktionär geht diese Eigenschaft meist ab.

Auch das kapitalistische Großunternehmen hat die Aufgabe, Produktion und Nachfrage in Einklang zu bringen. Obschon ihre Führer jeder Planwirtschaft grundsätzlich abhold sind und an die Selbstregulierung des Marktes glauben, mußten sie einsehen, daß sie ohne Planung nicht auskommen können. Marktanalyse ist daher an der Tagesordnung. Geplant wird also sowohl in der kapitalistischen wie in der gemeinwirtschaftlichen Ordnung, nur an einer andern Stelle. Zweifellos birgt die staatliche Planung die Gefahr in sich, daß der Konsum diktiert werden kann und die Produktion daher auf Qualität, Kosten und die besondern Wünsche der Konsumenten nicht unbedingt Rücksicht zu nehmen braucht. Die Folgen kennt man. Die in der kapitalistischen Ordnung fortbestehende Konkurrenz stellt dem Verbraucher eine größere Auswahl von Produkten zur Verfügung. Sie muß um die Gunst des Käufers werben. Dieser kauft, was ihm beliebt, oder kauft auch nicht. Die von ihm ausgegebenen Geldscheine wirken wie Stimmzettel, durch welche der erfolgreiche Produzent bestimmt wird. Diese Ordnung arbeitet wahrscheinlich mit größerer Effizienz.

Die amerikanische Industrie sucht ihre Rechtfertigung nicht in einer Doktrin, sondern sieht sie im hohen Lebensstandard der Nation. Marx hat behauptet, der Kapitalismus müsse auf rücksichtsloser Ausbeutung der Werktätigen beruhen und könne nicht anders als zur Verelendung der Massen führen. Dies war ein Irrtum und in den Verhältnissen des vorigen Jahrhunderts begründet. Das moderne Amerika hat das Gegenteil bewiesen. Unser vom Kriege halb zerstörtes Europa ist auf dem Wege, dem Beispiel Amerikas zu folgen. Die kapitalistische Revolution unserer Zeit hat sich als durchaus

imstande erwiesen, den materiellen Wohlstand der Proletarier zu heben. Sie tat es anfangs unter dem Zwang politischer Zustände und dem Druck der organisierten Arbeiterschaft. Doch bald ging sie bewußt dazu über, die Kaufkraft der Massen zu stärken, da sie einsah, wie sehr alle Parteien daraus Nutzen zogen. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß der Lebensstandard der Völker sich weiterhin rasch verbessern wird, sofern Kriege und Krisen vermieden werden.

Ohne Unterschied der herrschenden Doktrin erwiesen sich staatliche Planung und Intervention in der Landwirtschaft ebenfalls als unerläßlich. Von einer perfekten, freien Wirtschaft kann kaum noch irgendwo die Rede sein. Überall werden die Produktionsmengen vorgeschrieben und die Preise der Agrarprodukte geschützt. Die kommunistische Wirtschaft hat jedoch mit der Enteignung der Bauern und der Überführung des Bodens in Staatsbesitz zumindest einen schweren psychologischen Fehler begangen. Kein Stand ist durch jahrtausendalte Tradition so gebunden, wie der Bauernstand. Indem ihm die geliebte Erde genommen wurde, sank ihr Ertrag. Die Mechanisierung der Anbau- und Erntemethoden hat den Verlust nicht ausgeglichen. Überdies setzt die Verwendung von Maschinen voraus, daß man über ausgebildetes technisches Personal verfügt. Das war oft nicht der Fall. Besonders aber hat die Herabsetzung freier Bauern auf den Stand landwirtschaftlicher Knechte die Arbeitsmoral gebrochen, und das führte zu bitteren Reaktionen und Produktionsrückschlägen. Die kapitalistische Wirtschaft ließ dem Bauern das Hochgefühl, er sei auf eigenem Boden der Herr, und sie ist damit besser gefahren. Ihr Problem ist Überproduktion, nicht Mangel.

Die industrielle Konzentration ist charakteristisch für Amerika, doch zeigt sich dieselbe Tendenz in andern Ländern. Die kapitalistische Revolution ist in voller Entwicklung begriffen. Indem sie den Lebensstandard der Massen hob, zog sie diese an und drängte den Sozialismus in die Verteidigung. Der ehemalige belgische Sozialistenführer und Ministerpräsident De Man, eine kluge, jedoch sehr umstrittene Persönlichkeit, stellte einmal die Behauptung auf, der Sozialismus werde letzten Endes von Kapitalisten verwirklicht werden. Dies ist natürlich «cum grano salis» zu verstehen, denn am Anfang der modernen Entwicklung standen die alten Idealisten des Sozialismus. Ihr ent-sagungsvolles Leben und die zähe Arbeit der Gewerkschaften haben Früchte getragen.

Die Beherrschung des Marktes durch eine kleine Gruppe von Großfirmen fördert naturgemäß die Kartellbildung. Zweck der Kartelle ist, den Preiskampf zu vermeiden, den Wettbewerb zu mildern. In den Vereinigten Staaten von Amerika erwies sich die Einführung der Antitrustgesetze zum Schutze der Konsumenten daher als unerläßlich. Das Gesetz straft Vereinbarungen, welche auf Hochhaltung der Preise abzielen, mit Gefängnis. In andern Län-

dern wird versucht, das Odium, das dem Kartell anhaftet, zu mildern, indem man es «Verband» nennt. Will man den Mißbrauch der Verbandsmacht und das Abrutschen in eine kalte Zwangswirtschaft vermeiden, so wird eine gesetzliche Ordnung von Trusts und Kartellen, ähnlich wie in Amerika, auch hier notwendig werden.

Kartelle sind allgemein verpönt. Doch haben sie sich nicht immer als schädlich erwiesen. Sie haben in manchen Fällen auch gute Dienste geleistet. Als im Jahre 1926 die sieben größten Ölgesellschaften der Welt, die Royal Dutch Shell, Anglo-Persian, Standard Oil of New Jersey, Socony Vacuum, Gulf, Texas und Atlantic Refining sich den Weltmarkt (außerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika) teilten, beabsichtigten sie offenbar, ihre Profitmargen zu sichern. Die Folgen der getroffenen Vereinbarungen erwiesen sich dennoch auch für die Öffentlichkeit als nützlich. Die Zusammenlegung der Tankerflotten gestattete eine viel rationellere Ausnützung des vorhandenen Schiffsraums sowie die Abkürzung der Transportwege. Jede Quelle bediente von jetzt ab die nächstgelegenen Verbraucher. Gewiß haben die Ölgesellschaften so mehr verdient, aber der Käufer zahlte niedrigere Preise, als dies möglich gewesen wäre, wenn jede Firma mit getrennter Flotte von ihren Quellen den Weltmarkt zu versorgen gezwungen wäre. Die Vereinbarung wurde vom amerikanischen Staat als gesetzwidrig angefochten. Doch hatten die Gesellschaften vorsorglich die Vereinigten Staaten vom Abkommen ausgeschlossen und machten geltend, das amerikanische Gesetz habe außerhalb der Staatsgrenzen keine Geltung.

Wir sehen an der Geschichte der großen Konzerne, daß ihnen die Landesgrenzen zu eng geworden sind. Kindern gleich, die aus ihren Kleidern herauswachsen, streben sie nach außen. Sie müssen ihre Produkte ausführen, Märkte gewinnen, Rohstoffe aus dem Ausland beziehen. Der Hochkapitalismus des vorigen Jahrhunderts führte so zum Imperialismus, zur gewaltsamen Eroberung von Kolonien und Absatzgebieten. Unsere Nationalstaaten können sich heute wirtschaftlich wie militärisch nicht mehr verteidigen. Die Gründung der Europäischen Stahl- und Kohlegemeinschaft ist nichts anderes, als ein Versuch zur Integration Europas auf friedlichem Wege.

Man mag die Entwicklung lieben oder hassen, man muß sie jedenfalls erkennen. Wir wollen daraus nicht schließen, alle Länder, und insbesondere die kleinsten, müßten nun schleunigst abrüsten, weil ihre Lage aussichtslos geworden sei. Sicherungen bleiben notwendig. Doch wird ein Trend auf weite Sicht erkennbar. Auch die Großmächte sehen ein, daß der Erdball zu klein geworden ist für feindliche Blocks, und die Wirkung der Waffen zu fürchterlich. Selbst die Koexistenz von Großraumwirtschaften drängt imperativ zur Integration der Welt. Sprachliche und kulturelle Eigenheiten stehen dem keineswegs im Wege. Sie sind zu pflegen, denn die Vielfalt der

Lebensformen ist kulturfördernd. Selbst an politischen Verschiedenheiten sollten wir uns nicht stoßen. Man lasse doch kein System unversucht, und jedes beweise durch die Praxis, was es taugt.

Marx äußerte die Ansicht, der Monopolkapitalismus führe unweigerlich zum Kriege. Vor hundert Jahren mag die These gestimmt haben. Heute ist schon die Fragestellung unrichtig. Die industrielle Konzentration ist, wie wir bereits sahen, eine historische Entwicklung unserer Zeit; sie ist nicht ein besonderes Merkmal des Kapitalismus und liegt mindestens ebenso sehr im Wesen des kommunistischen Staates. Sie ist mit technischem Fortschritt unlösbar verquickt und für die Organisation der Massenproduktion unerläßlich. Der technische Fortschritt führt aber vermutlich zur Verunmöglichung des Krieges, denn am Ende der militärischen Auseinandersetzung steht heute der gemeinsame Untergang.

Auf die gewaltsame Eroberung von Märkten und Rohstoffquellen hat der Kapitalismus des zwanzigsten Jahrhunderts denn auch verzichtet. An Stelle früherer Kolonialkriege treten direkte Verhandlungen zwischen den Großkonzernen und den Regierungen der Staaten, in denen sie arbeiten. Die bedeutendsten Weltfirmen haben daher ihren eigenen diplomatischen Stab gebildet. Wenngleich auch Fehler begangen wurden, darf festgestellt werden: das Verhandlungstalent solcher Stäbe hat sich mindestens so gut bewährt, wie dasjenige der Berufsdiplomaten. Nützliche Grundsätze haben sich herausgebildet, wie Nichtintervention in die innenpolitischen Angelegenheiten des Gastlandes und Beteiligung des letztern am finanziellen Ergebnis der Geschäfte in Form von Steuern oder «Royalties». In rückständigen Ländern errichten die Großfirmen Schulen, Spitäler, Bibliotheken. In andern unterstützen sie Universitäten und Forschungsinstitute. Sie sind bemüht, die lokale Wirtschaft durch Arbeitsbeschaffung, Kapitalinvestitionen und Anleihen zu befruchten.

Eine Firma ist keine philanthropische Einrichtung, und sie tut wohl daran, es offen zu erklären. Doch besteht kein Zweifel darüber, daß Großfirmen etwas vom Charakter reiner verdienstsuchender Unternehmen verlieren und viel von demjenigen öffentlicher Dienste annehmen. Kein Unternehmen von weltweitem Ausmaß kann Bestand haben, wenn es nicht versteht, ein nützlicher Faktor in der Wirtschaft der Gastländer zu werden und die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen. Wo diese Grundsätze mißachtet wurden, gab es Katastrophen. Die «public relations» erschöpfen sich keineswegs in leeren Phrasen. Dem Publikum muß die Wahrheit gesagt werden.

Es ist ein Paradox der Weltgeschichte, daß gerade in der Zeit, in der die Expansion der Weltkonzerne über die Grenzen des Mutterlandes hinaus die Richtung weist nach einer Verschmelzung der nationalen Wirtschaften zu

einer grandiosen Weltwirtschaft, in vielen Ländern ein fanatischer Fremdenhaß und Nationalismus auflodern mußte. Zweifellos rächen sich nun die vom Kapitalismus im Laufe mehrerer Generationen begangenen Fehler. An vielen Punkten des Erdballs ist er in seiner Existenz bedroht und zum Rückzug gezwungen. Die Tatsache ist als eine Wachstumskrise zu werten. Sie dürfte vorübergehend sein. Unterdrückte, zulang als minderwertig behandelte Völker, wittern Morgenluft. Lokale Potentaten und ehrgeizige Politiker suchen sich die Strömungen der Zeit zunutze zu machen. Verbrechen werden im Namen der Befreiung begangen. Die Völker werden die grundsätzlich schon anerkannte Gleichberechtigung erlangen, und dies dürfte das Wachstum einer kräftigen Weltwirtschaft nur fördern. Ihr Zerfall in räumlich begrenzte Lokalwirtschaften wird immer unwahrscheinlicher. Er müßte begleitet sein von einem fürchterlichen kulturellen Niedergang. Als Alternative für die friedliche wirtschaftliche Integration der Welt gibt es nur eine Zwangsverwaltung der allgemeinen Armut im politischen Chaos.

Der Aktionär bekleidet im modernen Großbetrieb in der Regel keine führende Stellung, ist meist nur an der Ausschüttung von Dividenden interessiert und delegiert seine Machtbefugnisse an die Geschäftsleitung. Naturgemäß führt dies zu einer gewaltigen Machtkonzentration bei den Managern. Diese haben es in der Hand, Arbeit zu geben oder zu verweigern. Sie schaffen Verdienstmöglichkeiten. Sie können Existenzen brechen oder fördern. Die Türen der Ministerien stehen ihnen offen. Oft versehen sie diese mit leitendem Personal. Regierungen ersuchen sie um Rat. Sie sitzen in allen wichtigen Kommissionen. Sie bestimmen die Richtung wissenschaftlicher und technischer Entwicklung, verfügen über riesige Mittel für Forschungszwecke, entscheiden über Gründung oder Schließung von Betrieben, über Wohlstand oder Niedergang von Städten.

Bemerkenswert ist, daß solche Macht selten mißbraucht wird. Die Manager haben eine eigene Ethik, ihre ungeschriebenen Gesetze, an die sie sich halten. Es ist nicht anders möglich, denn das System müßte in kürzester Zeit entarten und zusammenbrechen, wenn es ohne Ethik wäre. Es muß im großen und ganzen sauber sein. Das System beruht auf Vertrauen. Vertrauen der Aktionäre in die Managers, der Firma in ihr Personal. Dieses ist übrigens einer wahrhaft wissenschaftlich organisierten Kontrolle unterstellt. Der Präsident des Großkonzerns erhält sein Salär vom Kassier wie jeder andere Angestellte, und die Kasse hat zu stimmen. Dafür sorgt eine unabhängige Treuhandgesellschaft.

Ich erwähnte schon die Tatsache, daß dem Publikum die Wahrheit gesagt werden muß. Der moderne Großbetrieb ist in der Tat ein Glashaus. Er ist durchsichtig. Die Wahrung von Geschäftsgeheimnissen ist zur Unmöglichkeit geworden. Nicht einmal der technische Vorsprung kann noch verborgen blei-

ben. Es gibt in der Firma zu viele Wissende. In der Buchhaltung kommt alles zum Vorschein. Der Manager ist abhängig von der Achtung seiner Untergebenen, die Firma von der öffentlichen Meinung. Ohne «good will» keine Firma von Bedeutung. Die Jahresberichte der Großfirmen sind denn auch wahre Meisterwerke der Information.

Es wäre absurd, leugnen zu wollen, daß der Hochkapitalismus des letzten Jahrhunderts ein offenes Feld für eine Art Raubrittertum war. Aber es wäre nicht minder unrichtig, auch die Verdienste der Raubritter zu übersehen. Sie waren die Gründer und Kondottieri der Marktwirtschaft zugleich. Wie sie es trieben, konnte es nicht weitergehen. Heute ist ihr Schlag am Aussterben. Es ist die unvollendete Aufgabe der Nachfahren, das Haus in Ordnung zu bringen.

Ehrgeiz und Wille zur Macht sind die natürlichen Triebkräfte der Manager, mehr als der Wunsch, sich zu bereichern. Zudem sorgt ja die Steuerbehörde dafür, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Commodore Vanderbilt, Pierpont Morgan, J. P. Rockefeller zahlten noch keine Einkommenssteuern, und auch wenn sie eine Million Dollar täglich verdienten. Dem Präsidenten der General Motors Corporation werden 91 Prozent seines Gehaltes vom Fiskus abgenommen. Es verbleiben ihm 9 Prozent zur Anhäufung von Vermögen im alten Stil. Erbschafts- und Nachlaßsteuern überschreiten in den USA 50 Prozent des Nachlasses. Daher schmelzen die größten Vermögen. Mellon konnte der Stadt Washington ein Museum voll von Werken alter Meister schenken. Heute schmücken Vizepräsidenten mancher Großfirmen ihre Stuben mit Drucken, die von Piper und Hanfstängel stammen. Wenn das ethische Niveau gestiegen ist, so ist der kulturelle Stand vielleicht gesunken.

Am Zürcher Kongreß für die Philosophie der Wissenschaften, 1954, hatte ich Gelegenheit, mit sowjetrussischen Philosophen über Marxismus zu sprechen. Sie zeigten sich meinen Ausführungen gegenüber skeptisch und meinten: «Das alles steht auf dem Papier, doch wird der Fiskus in Wirklichkeit betrogen.» Ich erwiderte, in jeder Gesellschaft fänden sich Schwindler und Betrüger; nach der großen Zahl von Säuberungen in Sowjetrußland zu schließen, schein dieses Land davon auch nicht frei zu sein. Doch beeinflusse der Betrug die Wirklichkeit nur unwesentlich.

Die Russen sagten, Amerika werde von der Hochfinanz beherrscht. Alle Macht sei in den Händen von sechzig Familien vereinigt. Meine Antwort war: «Ich fürchte, in Rußland beherrschen weniger als sechzig Familien. Ihr Russen seid entweder schlecht informiert, oder ihr tut, als ob ihr es wäret. Ich weiß nicht, welche von beiden Annahmen stimmt. Doch neige ich zur Vermutung, Ihr wißt mehr als ihr vorgebt. Die amerikanischen Statistiken dürfen euch bekannt sein, ebenso die amerikanischen Gesetze. Wozu habt

ihr sonst eure Informationsdienste? Ihr müßt wissen, daß neben der industriellen Konzentration, die in den USA stattfindet, eine gewaltige Nivellierung der Vermögen und Einkommen erfolgt ist.»

Es ist in der Tat schwer, zu glauben, die Elite Rußlands habe seit hundert Jahren nichts mehr gelernt. Der Kapitalismus des zwanzigsten Jahrhunderts ist von demjenigen, den Marx und Engels bekämpften, sehr verschieden. Es ist unklug, gegen ihn mit demselben Geschütz aufzufahren, das diese Männer um 1850 schmiedeten. Man könnte ebensogut mit den alten Flinten des dritten Napoleon gegen moderne Atomwaffen ins Feld ziehen. Die Erfolgsaussichten wären die gleichen.

Als 1859 Napoleon III. gegen Österreich Krieg zu führen beschloß, ersuchte er den alternden General Jomini um einen Feldzugsplan. Jomini riet, die Strategie des großen Napoleons anzuwenden. Aber die Österreicher waren in dieser Hinsicht unübertrefflich. Ihr Kriegskonzept war von 1759. Der Ausgang des Krieges war leicht vorauszusehen.

Der Sozialismus unserer Zeit wäre in Gefahr, das Schicksal der Österreicher zu erleiden, wenn er im politischen Wettbewerb starr an Konzepten festhielte, die Marx 1857, also vor hundert Jahren, in seinem «Kapital» entwickelte. Das sture Verbleiben des offiziellen Rußlands bei der Lobpreisung von Marx als eines quasi unfehlbaren Gottes ist daher schwer verständlich. Ich vermute, diese Tatsache ist auf einen Mangel an Bildung und ungenügendes Wissen bei der politischen Führung Rußlands zurückzuführen. Hingegen bin ich überzeugt, daß bei den russischen Intellektuellen, Professoren und Wissenschaftlern eine realistischere, der Wahrheit nähere Anschauungsweise bereits durchgebrochen ist und die Revisionsbedürftigkeit der marxistischen Doktrin erkannt wurde. Das Gegenteil anzunehmen hieße, sie für dumm halten, und das sind sie sicher nicht. In Zürich sprachen sie, wie ihnen befohlen war, doch war ihre Unsicherheit offensichtlich. Es dürfte ein Grund innerer Schwäche für Rußland sein, daß die politische Führung des Landes ihre Professoren und Wissenschaftler braucht, also von Personen abhängig ist, welche anders denken als die Machthaber. Der plötzliche Kollaps des perónistischen Regimes in Argentinien zeigt, wie gefährdet eine Diktatur ist, wenn sie sich auf Leute stützen muß, die ihre Ideologie nicht mehr teilen. Diese innere Schwäche sowie die Gefahren des Atomkrieges geben mir Anlaß zur Vermutung, daß es den Russen mit der gegenwärtigen, weichen Politik, ernster ist, als man es anzunehmen geneigt ist.

In den Parlamenten des «Westens» vertreten die sozialdemokratischen Parteien die rechtmäßigen Interessen der Arbeiterschaft. Sie haben Anspruch auf dieselbe Achtung, die den anderen großen Parteien gebührt. Sie haben es nicht nötig, um ihrer guten Sache zu dienen, sich auf Utopien zu berufen, die von der Wirklichkeit überholt sind.

Die von den Sowjetrussen angetönte, alte Platte von der Herrschaft der internationalen Hochfinanz ist ebenfalls ausgespielt. Die National City Bank berichtete im November 1953, daß in den acht Jahren 1946—1953 in den Industrien der Vereinigten Staaten von Nordamerika rund 150 Milliarden Dollar neu investiert wurden. Davon stammten etwa 96 Milliarden (64 Prozent) aus Selbstfinanzierung, das heißt aus nicht ausgeschütteten Gewinnen und Reserven für Erneuerung obsoleter Maschinen und Einrichtungen. Nur etwa 27 Milliarden (oder 18 Prozent der Gesamtsumme) wurden der Industrie in Form von Bankkrediten zugeführt. Etwa 18 Milliarden (12 Prozent) waren Anleihen in Form von Obligationen und andern festverzinslichen Papieren. Die verbleibenden 9 Milliarden (6 Prozent) kamen zum Verkauf neuer Aktien und stellen eigentliche, Risiko laufende Kapitalinvestitionen dar.

Wir ersehen daraus, daß die amerikanische Industrie für ihre Finanzierung nur noch in sehr beschränktem Maße der Bankhilfe bedarf. Die große Liquidität der Industrie verursacht im Gegenteil den Banken Sorge und drückt auf die Zinssätze. Die kapitalistische Revolution hat somit zur Befreiung von der «Zinsknechtschaft» ihren Beitrag geleistet.

Was hier von der amerikanischen Industrie berichtet wurde, gilt von der europäischen nur bedingt. Die Industrie Deutschlands wurde im Zweiten Weltkrieg so fürchterlich zerschlagen, daß sie für den Wiederaufbau auf Bankhilfe angewiesen war. Die Banken haben denn auch ihre Vertreter in die Verwaltungsräte der deutschen Industriekonzerne delegiert. Doch darf die Prognose gestellt werden, auch die europäische Industrie werde sich immer mehr der Selbstfinanzierung zuwenden und sich allmählich von der exklusiven Kontrolle durch die Hochfinanz befreien.

Eine umgekehrte Entwicklung zeichnet sich ab: aus den Geschäftsergebnissen fließen immer größere Summen den Wohlfahrtsfonds und Versicherungsgesellschaften zu. Das individuelle Sparen, das früher frei und nur in finanziell privilegierten Kreisen möglich war, geht über in ein kollektives Zwangssparen, das die wirtschaftliche Existenz der Massen schützen soll. Ein sorgenfreies Alter, Schutz der Witwen und Waisen vor Not, Schutz vor Krankheit, Invalidität und Arbeitslosigkeit, sind Ideale, die sich allmählich überall durchsetzen.

Die Verfügungsgewalt über die sich häufenden Fonds zu Wohlfahrtszwecken liegt teilweise bei der öffentlichen Hand, teilweise bei privaten Treuhändern und Managern. Der eigentlichen Finanz wird so ansehnliche Macht entzogen. Selbst die öffentliche Hand wird zum Geldausleiher. Den Banken erwächst damit in ihrem urreigensten Tätigkeitsfeld eine neuartige, machtvolle Konkurrenz.

Es sollte nicht übersehen werden, daß die neuen Ideale zur Theorie der reinen Marktwirtschaft teilweise in Widerspruch stehen. Das Modell der

Marktwirtschaft will die Arbeitskraft einer Ware gleich dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterstellen. Demnach sollten die Löhne bei entstehender Arbeitslosigkeit sinken, was die Wiedereinstellung von Arbeitskräften fördern und die Arbeitslosigkeit beheben würde. In Wirklichkeit ist die Senkung der Löhne meist nicht möglich. Ihre Starrheit wirkt dem Automatismus der Marktwirtschaft entgegen. Da im Preisgefüge dem Lohnfaktor die entscheidende Rolle zufällt, wird eine dem Modell konforme Wirtschaft bei nachlassender Konjunktur bald außer Funktion gesetzt. Nicht konforme Maßnahmen, wie staatliche Intervention und Arbeitsbeschaffung werden dann notwendig. Ihre Nützlichkeit wird heute kaum noch bestritten.

Wir können nun einige bedeutsame Schlußfolgerungen ziehen. Bei aller Achtung, die dem Genie Marxens gebührt, ist er doch nur als Mensch anzusehen, der als solcher auch geirrt hat. Der Kapitalismus hat Wege eingeschlagen, die vor hundert Jahren niemand voraussehen konnte. Die marxistische Doktrin ist daher zumindest revisionsbedürftig. Sie darf nicht an Anachronismen festhalten und Tatsachen leugnen. Allen Doktrinären zum Trotz, die es noch geben mag, hat der aufgeschlossene Sozialismus die Wirklichkeit, wie sie ist, längst erkannt.

Eine revidierte Doktrin und entsprechende Zielsetzungen klar zu formulieren, ist die nächstliegende Aufgabe. Vielleicht darf ich nur stichwortartig ein Programm andeuten.

Es sollte unser wirtschaftspolitisches Ziel sein, daß jeder Werktätige die Produkte seiner Arbeit kaufen könne. Nichts ist unzufriedenstellender, ja unerträglicher, als Güter zu erschaffen, die nur für eine Elite bestimmt sind und an denen man selbst nie teilhaben wird. Die amerikanische Industrie ist in dieser Hinsicht wegweisend. Sie produziert kaum noch etwas, das nicht jedermann erstehen kann, hat doch dort jeder Arbeiter sein Auto und ein komfortables Heim.

Wir sind in Europa allerdings noch nicht so weit. Den Arbeiter-Aktionär, den es drüben gibt, kennen wir hier noch nicht. Doch können wir das Ziel ins Auge fassen und uns ihm schrittweise nähern. Der Weg führt offenbar über die Erhöhung des Reallohns. Die amerikanische Automobilindustrie hat bekanntlich mit den Gewerkschaften schon vereinbart, daß die Löhne nicht nur quartalsweise der Teuerung voll angepaßt werden sollen, sondern darüber hinaus eine jährliche Realloohnerhöhung von mindestens 4 Cents pro Stunde zu erfolgen hat. Dies bedeutet eine Zunahme des realen Arbeitseinkommens von etwas mehr als zwei Prozent des heutigen mittleren Arbeitslohnes pro Jahr. Es wurde dabei davon ausgegangen, daß der technische Fortschritt und die Produktivitätszunahme, die wir in den letzten Dezennien feststellen konnten, sich nicht verlangsamten würde. Es wurde als gerecht angesehen, daß die Arbeiterschaft daran teilhabe. Der zurzeit laufende Ver-

trag ist für fünf Jahre abgeschlossen worden und dürfte wohl erneuert oder verbessert werden. Der resultierende Arbeitsfriede ist der Firma offenbar soviel wert. In der Schweiz ist der Reallohn seit 1939 in ähnlicher Weise gestiegen, ohne daß es hierzu vertraglicher Vereinbarungen bedurfte. Ich sage nicht, wir sollten in Europa amerikanische Arbeitsverträge kopieren. Aber die Tatsachen zeigen den Trend an, und dieser ist gut.

Auch die kapitalistische Doktrin bedarf einer Neuformulierung. Der Klarheit halber sollte sie sich nicht auf Freiheiten berufen, die sie selbst weitgehend abgeschafft hat.

Die kapitalistische Revolution des zwanzigsten Jahrhunderts war eminent sozial. Der Kapitalismus hat sich den proklamierten Zielen des Kommunismus nicht wenig genähert. Diese Tatsache wird aus gegenseitiger Antipathie zwar energisch geleugnet, aber vergeblich. Der Kapitalismus hat seine Methoden zuerst humanisiert. Es ist zu hoffen, der Kommunismus werde folgen.

Die blutige, kommunistische Revolution und die unblutige, kapitalistische Revolution sind weitgehend parallel verlaufen. Beide haben dieselben wesentlichsten humanen Ideale übernommen. Wenn man von Verfälschungen absieht, die mehr dem menschlichen Versagen als böser Absicht zuzuschreiben sind, taten sie es ehrlich.

Kapitalismus und Kommunismus haben beide ein großes Schuldenkonto. Doch ist dasjenige des Kapitalismus ältern Datums, und man neigt daher eher dazu, es zu vergessen.

Beide Revolutionen verliefen anders, als ursprünglich erwartet wurde. Sie unterlagen der historischen Entwicklung, welche durch das unerhörte Tempo des technischen Fortschritts, den Forderungen der Völker nach höherem Lebensstandard und den Möglichkeiten der Massenfabrikation gekennzeichnet und bedingt wird.

Abgesehen von sehr unterschiedlichen Methoden sind die verbleibenden, prinzipiellen Differenzen zwischen Kapitalismus und Kommunismus nicht so groß, daß sie in kriegerischer Auseinandersetzung bereinigt werden müßten. Die Verbrechen der Vergangenheit können niemals gutgemacht werden; am wenigsten, wenn sich Menschen von Haß und Rachsucht leiten lassen. Unendliches Leiden liegt hinter uns. Unsagbare Traurigkeit befällt uns, wenn wir uns daran erinnern. Doch fordert das Leben imperativ, daß wir die Zukunft mit Zuversicht ins Auge fassen. Zuversicht ist berechtigt, wenn sich die Völker in gegenseitiger Liebe und Achtung begegnen. Dies ist der vernünftige Weg.